

18.03.2010

Die friedliche Revolution

Bündnisgrüne erinnern an Wegmarken des Jahres 1989/90.

"Wir sind das Volk", mit diesem zutiefst demokratischen Anspruch demonstrierten im Herbst 1989 Hunderttausende gegen die bestehenden politischen Verhältnisse in der DDR. Es war eine friedliche Revolution, getragen vom Licht der Kerzen auf den Demonstrationen in großen wie in kleinen Städten, die das SED-Regime letztlich stürzte.

Der Widerstand brach sich im Oktober 1989 Bahn, doch die Geschichte der Revolution ist länger. An dieser Stelle können Sie daher in loser Folge ganz persönliche Rückblicke auf ausgewählte Wegmarken der Jahre 1989 und 1990 finden.

18. März 1990

Das erste und einzige Mal wird in der DDR die Volkskammer nach demokratischen Wahlgrundsätzen gewählt. Die Wahl danach wieder erreicht wurde.

Es erinnert sich: Monika Lazar (Seite 2) (<http://www.gruene-bundestag.de/cms/ostdeutschland/dok/284/284027.d>)

8. und 9. Dezember 1989

Auf einem außerordentlichen Parteitag der SED in Berlin wird ein Antrag auf Selbstauflösung der Partei gestellt. Die SED wird aufgelöst. Beim zweiten Teil des Sonderparteitags am 16. und 17. Dezember 1989 benennt sich die Partei in SED-PDS (Partei für Demokratie und Sozialismus) um. Am 18. Dezember 1989 wird der Gründungsparteitag des Demokratischen Aufbruchs statt.

7. Dezember 1989

Auf Initiative von "Demokratie Jetzt" kommt in Ost-Berlin erstmals der Zentrale Runde Tisch zusammen. Die zwölf Runden Tische vereinbaren den 6. Mai 1990 als Termin für freie Wahlen. Erstes Ziel ist die Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit bzw. "Ministerium für Staatssicherheit".

Es erinnert sich:

4. Dezember 1989

In Erfurt besetzen DemonstrantInnen erstmals Gebäude einer MfS-Bezirksverwaltung. Andere Städte folgen. Damit beginnt die "Reinigung der Städte". In Berlin am 15. Januar 1990 endet dann endgültig eines der düstersten Kapitel der jüngeren deutschen Geschichte.

3. Dezember 1989

Nach den massiven Forderungen des Vortages reagieren das Zentralkomitee und das Politbüro der SED am Nachmittag des 3. Dezember 1989. Die SED übernimmt ein Arbeitsausschuss die Geschäfte der Parteiführung. Auf seiner ersten Sitzung beschließt er die Bildung einer "Arbeitsgruppe für die Entwicklung der Partei". Gregor Gysi, der noch am gleichen Tag die wichtigsten Räume im Zentralkomitee versiegeln lässt. Am selben Tag wird ein "Manifest für eine autonome Frauenbewegung" verabschiedet, um ab Dezember am Zentralen Runden Tisch teilzunehmen. Am 1. Januar 1990 wird der Unabhängigen Frauenverbands (UFV) gegründet.

1. Dezember 1989

In einer Sitzung der DDR-Volkskammer wird mit den Stimmen der SED die führende Rolle der Partei aus der Verfassung gestrichen. Die SED-Spitze. Basis dieser Diskussion bildet ein Bericht der parlamentarischen Untersuchungskommission über Amal

28. November 1989

Bundeskanzler Helmut Kohl erläutert vor dem Bundestag seinen "10-Punkte-Plan" mit dem Ziel einer "deutsch-deutschen Verständigung", die herbeiführen könne. Die westeuropäischen Partner der Bundesrepublik reagieren zurückhaltend. Moskau hat großartig auf diesen Zeitpunkt für eine "Politik der Zweistaatlichkeit" einsetzen.

24. November 1989

Auf dem 6. Berliner Ökologieseminar konstituiert sich die Grüne Partei der DDR. Zu ihren Gründungsmitgliedern gehören unter anderem Hans Modrow und Egon Krenz. Am 5. November 1989 zählten neben Umweltpolitik vor allem Friedenssicherung und die Gleichberechtigung von Mann und Frau auf dem Tisch gerufen wurde, war die Grüne Partei dort mit zwei Mitgliedern vertreten.

18. November 1989

Ein Aufruf zur Gründung eines Dachverbandes für alle ökologischen Basisgruppen wird veröffentlicht. Am 21. November 1989 wird auf dem Gründungskongress im Februar 1990 bestätigt die "Grüne Liga" ihr Selbstverständnis als parteiübergreifende Dachorganisation. Matthias Platzeck und Klaus Schlüter.

13. November 1989

Hans Modrow, bis dato Chef des SED-Parteibezirks Dresden, wird von der Volkskammer zum neuen Ministerpräsidenten ernannt. In einer grotesken Rede vor den Volkskammerabgeordneten: "Ich liebe, ich liebe doch auch die SED ausgeschlossen. Ministerpräsident Modrow hingegen präsentiert bereits am 17. November sein neues Kabinett.

9. November 1989

Die Mauer fällt. Günter Schabowski verliest vor laufenden Kameras in verklausulierter Form die Öffnung der Grenzübergänge der Berliner Mauer und der Grenze zur Bundesrepublik. Die ursprünglich vorgesehenen Kontrollen der Bündnisgrünen erinnern sich an den 9. November 1989.

7. November 1989

Der Ministerrat der DDR tritt unter seinem Vorsitzenden Willi Stoph geschlossen zurück. Tags darauf wird in Ost-Berlin das Polit-Büro der SED geschlossen zurück tritt. DDR-Innenminister Friedrich Dickel gibt bekannt, dass die Bürgerrechte in der DDR nicht eingeschränkt werden.

5. November 1989

Aus der Umweltbewegung der DDR entwickelt sich die Grüne Partei der DDR. In ihrem Gründungsauftrag am 5. November 1989 sind Umweltschutz sowie Friedenssicherung und die Gleichberechtigung von Mann und Frau als Hauptziele. Die oppositionelle Umweltbewegung fordert die katastrophalen Umweltverschmutzung im Land.

4. November 1989

Nirgendwo finden in der Geschichte der DDR an einem einzigen Tag mehr Demonstrationen statt. In über 50 Städten gehen Demonstrationen auf dem Berliner Alexanderplatz statt. Hunderttausende protestieren friedlich für Meinungsfreiheit, Demokratie und das Ende der SED-Diktatur. Neben KünstlerInnen wie Christa Wolf und Ulrich Mühe auch VertreterInnen von Bürgerbewegungen und oppositionellen Gruppen wie "Menschenrechte", Jens Reich von "Aufbruch 89 – NEUES FORUM" und Friedrich Schorlemmer vom "Demokratischen Aufbruch" ausgeht und verlassen daraufhin die Rednerbühne.

Es erinnert sich:

3. November 1989

In einer Fernsehansprache kündigt Egon Krenz ein Aktionsprogramm zur Verwirklichung der "Wende" an – und die DDR wird in die Bundesrepublik integriert.

Alfred Neumann aus dem Politbüro. Die Kontaktgruppe der oppositionellen Gruppen veröffentlicht einen gemeinsamen Aufruf zur Übernahme der Führungsrolle der SED, freie und geheime Wahlen sowie Presse- und Versammlungsfreiheit. Gleichzeitig gestattet es den DDR-Bürgern über das Gebiet der Tschechoslowakei zu verlassen. Daraufhin kommt es in den folgenden Tagen zu einer erneuten Welle von Ausreisenden.

27. Oktober 1989

Der neue Staatsratsvorsitzende der DDR Egon Krenz verkündet eine weitreichende Amnestie für Flüchtlinge und T. am 3. Oktober verhängte "zeitweilige Aussetzung des pass- und visafreien Reiseverkehrs" in die Tschechoslowakei, um die Grenze zur #SSR wieder überqueren.

18. Oktober 1989

Nach einer Krisensitzung der Parteiführung der SED wird offiziell erklärt: "Das ZK hat der Bitte Erich Honeckers entlassen vom Amt des Staatsratsvorsitzenden und von der Funktion des Vorsitzenden des nationalen Verteidigungsrates des Landes."

9. Oktober 1989

In Leipzig demonstrieren rund 70.000 Menschen für Reformen und einen friedlichen Dialog. Vermutlich angesichts der sowjetischen Streitkräfte in der DDR halten sich die Sicherheitskräfte der SED gegenüber den Demonstranten zurück. In Friedensoberbergen in den Kirchen friedliche Demonstrationen statt. Führende Vertreter der evangelischen Kirche in Leipzig fordern glaubhafte Schritte einzuleiten, damit eine breite Übereinstimmung für eine demokratische und rechtsstaatliche Sozialordnung erreicht wird.
Es erinnert sich:

7. Oktober 1989

Der 40. Jahrestag der DDR-Gründung wird mit Militärparaden und Aufmärschen gefeiert. Gorbatschow, der sich zusammen mit allen politischen Kräften um die Probleme der DDR-Bürger bemüht. Gleichzeitig finden in Berlin, Leipzig und anderen Städten Demonstrationen statt, auf denen Zehntausende für Meinungsfreiheit und Reformen eintreten. Die Demonstrationen werden brutal an der Grenze zur Tschechoslowakei unterdrückt.
Es erinnert sich:

4. Oktober 1989

Nachdem am 3. Oktober die Grenzen zur #SSR geschlossen wurden, werden am 4. Oktober vier Züge mit DDR-Funktionären in die Tschechoslowakei geschickt und im Bahnhof versammeln sich rund 5.000 Menschen, teilweise mit dem Ziel in die Züge zu gelangen. Es kommt zu Unruhen, Tränengas und Schlagstöcken gegen die BürgerInnen vor. Bis zum 8. Oktober erfolgen rund 1.300 Festnahmen.

2. Oktober 1989

Im Anschluss an die Friedensgebete in der Nikolaikirche in Leipzig, die seit Mitte der 80er Jahre maßgeblich von den DDR-Bürgern demonstrieren 20.000 Menschen für Reformen in der DDR. Im Vorfeld verstärkte die Leipziger Volkszeitung im Aufbruch die Überschrift "Wir wollen weiter in Ruhe und Geborgenheit leben" wurden Leserbriefe abgedruckt. Bei der trotz dem s. Spezialeinheiten der Polizei mit Hunden und sogenannter Sonderausrüstung (Schild, Helm, etc.). Zahlreiche Personen wurden verletzt.
Es erinnert sich:

1. Oktober 1989

Seit Mitte 1989 gab es in der DDR Bestrebungen zur Bildung einer Grünen Liste als gemeinsame Plattform aller U. In Berlin-Friedrichsfelde tagt, bildet sich eine Initiative zur Gründung einer Grünen Partei. Im Neuen Forum hatte sich ein Gründungsaufruf für die Öffentlichkeit.

1. Oktober 1989

Die ersten Sonderzüge mit knapp 6.000 Menschen durchqueren die DDR auf dem Weg nach Westen. Immer wieder wird der Zug aufzuspringen. Vor der Botschaft in Prag versammeln sich erneut 7.000 Ausreisewillige, obwohl die tschechoslowakische Regierung ihnen das Verlassen des Landes untersagt.

30. September 1989

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher verkündet auf dem Balkon der völlig überfüllten Botschaft der BRD in Prag und Warschau aufhalten, ausreisen dürfen.

19. September 1989

Am letzten Tag der Bundessynode des Evangelischen Kirchenbundes der DDR in Eisenach werden in einem ausführlichen Bericht die Forderungen dargestellt. Wir brauchen, hieß es in einem Forderungskatalog, "die offene und öffentliche Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Problemen und eine "verantwortliche pluralistische Medienpolitik".

19. September 1989

Das Neue Forum meldet entsprechend einer DDR-Verordnung die offizielle Gründung der Vereinigung in elf der 15 Bezirke. Die DDR-Regierung erklärt das Neue Forum als verfassungs- und staatsfeindlich deklariert. Zu diesem Zeitpunkt hatten bereits mehr als 100.000 DDR-BürgerInnen unterschrieben. Am 25. September wird der Antrag auf Zulassung offiziell abgelehnt. In der Begründung heißt es, es sei "nicht im Interesse der DDR". Bis Ende 1989 unterschrieben fast 200.000 DDR-BürgerInnen den Aufruf. Das Neue Forum hatte zu diesem Zeitpunkt über 100.000 Mitglieder.

18. September 1989

Über 50 prominente Rockmusiker und Liedermacher fordern in der Resolution "Die Zeit ist reif" den Dialog und die Öffnung der DDR. Die Staats- und Parteiführung angeprangert und eine Demokratisierung der Gesellschaft gefordert. Die Resolution wird von über 100 Unterzeichnern gehört unter anderem Bandmitglieder von Karat, City, Silly und Pankow sowie Gerhard Schöne.

12. September 1989

Die Bürgerbewegung "Demokratie Jetzt" wird offiziell gegründet. "Demokratie Jetzt" hat seine Wurzeln im Arbeitskreis "Demokratie Jetzt" der Evangelischen Bartholomäusgemeinde. Am 12. September 1989 wurde in diesem Arbeitskreis ein "Aufruf zur Einigung" verabschiedet. Als Ziele wurden unter anderem Rechtsstaatlichkeit, "Freiheit und Menschenwürde für alle" und der Wunsch nach einer Fusion mit Teilen des "Neuen Forums" und der "Initiative Frieden und Menschenrechte" im "Bündnis 90" auf.
Es erinnert sich:

24. August 1989

In Polen wird der Journalist, Schriftsteller und Politiker Tadeusz Mazowiecki zum ersten nichtkommunistischen Ministerpräsidenten ernannt. Der freie und unabhängigen Gewerkschaft Solidarnosc im Jahr 1980 war Mazowiecki als deren Berater und Publizist tätig. Er nahm auch an den ersten Runden-Tisch-Gesprächen in Polen teil.

21. August 1989

am 21. Jahrestag der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ demonstrieren 3.000 Menschen auf dem Prager Wenzelsplatz gegen die kommunistische Herrschaft gewaltsam auf. Am Tag darauf wird die Botschaft der Bundesrepublik in Prag vorübergehend geschlossen. 140 DDR-BürgerInnen werden verhaftet.

21. August 1989

Eine Initiativgruppe bestehend aus Rainer Eppelmann, Ehrhardt Neubert, Rudi Pahnke, Edelbert Richter, Wolfgang Thierse trifft sich in Dresden um die Gründung der oppositionellen politischen Gruppe "Demokratischer Aufbruch - sozial + ökologisch" vor. In dem wird eine "erneuerte Demokratische Republik" gefordert. Am 16./17. Dezember erfolgt die Gründung der Gruppe.

21. August 1968

Prager Frühling. Das, was im August 1968 in der damaligen Tschechoslowakai geschah, gehört für viele Menschen zu den wichtigsten Ereignissen der DDR-Geschichte. Als Gründungsmitglied und Abgeordneter im Europäischen Parlament erinnert sich an das, was er dort vor 41 Jahren erlebt hat.
Es erinnert sich:

19. August 1989

An der ungarisch-österreichischen Grenze nahe der Stadt Sopron veranstalten Mitglieder der oppositionellen ungarischen Schirmherrschaft des Europaabgeordneten Otto von Habsburg das „Paneuropäische Picknick“. Mit Zustimmung der DDR-Regierung nutzten 661 DDR-BürgerInnen diesen kurzen Moment der Grenzöffnung zur Flucht gen Westeuropa.
Es erinnert sich:

3. August 1989

In den bundesdeutschen Botschaften in Prag und Budapest sowie in der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin halten sich Tausende DDR-BürgerInnen auf, die steigender Flüchtlingszahlen vorübergehend geschlossen. Die Situation der DDR-Flüchtlinge in den Botschaften und in der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin unterkommen, verschärft sich mit der zunehmenden Zahl der Ausreisewilligen. Appelle an die DDR-Regierung, den Weg in die Bundesrepublik nicht über die diplomatischen Vertretungen zu gehen, haben keine Wirkung.

27. Juni 1989

Der Eiserne Vorhang fällt. In einem symbolischen Akt schneiden der ungarische Außenminister Gyula Horn und sein DDR-Kollege Ginter Kleiber an der gemeinsamen Grenze. Beseitigt werden nur die Grenzsperrn, die Grenzkontrollen aber bleiben. In der DDR werden die ersten Ausreisewilligen in Westeuropa.
Es erinnert sich:

7. Mai 1989

Politbüromitglied Egon Krenz bezeichnet das Ergebnis der DDR-Kommunalwahlen – für die Einheitsliste hätten nach dem Wahlergebnis 90 Prozent der Wähler gestimmt – als „starken Sozialismus und sicheren Frieden“, obwohl Kirchen und Oppositionsgruppen massive Verstöße gegen das Wahlergebnis vorlegen.
Es erinnern sich: und

1989

Michael Cramer erinnert sich an das Jahr 1989 und wie er von der Maueröffnung erfahren hat. (Seite 14)

**Auf den folgenden Seiten lesen Sie persönliche Eindrücke zum Jahr 1989:
"Grüne erinnern sich":**

Volkskammerwahl 18.3.1990 - Erinnerungen von Monika Lazar

Der 18.3.1990 war ein wunderschöner Frühlingstag. Doch nicht deshalb blieb er mir bis heute unvergesslich, sondern weil ich damals meine erste demokratische Wahl erlebte und mitgestaltete.

5.4.1990: Erste Sitzung der frei gewählten Volkskammer (bundestag.de)

In meiner Heimatstadt Markkleeberg (bei Leipzig) leistete ich als Vorsitzende des Wahlvorstands einen Beitrag dazu, dass alles gut funktionierte. Ich war erst 23 Jahre alt und damit die Jüngste in unserem Wahlvorstand.

13-köpfigen Wahlvorstand. Dieser setzte sich aus Engagierten der Parteien, neuen Organisationen und Kirchen bunt zusammen.

Man muss sich vorstellen: Dies war unsere erste echte Wahl, die den Namen wirklich verdiente. Nach Jahren eingeschränkter Meinungsfreiheit in der DDR ein sehr freudiges Ereignis! Die Stimmung im Wahllokal war gut, die Menschen strömten nur so herein. In unserem Wahllokal hatten wir eine Wahlbeteiligung von 90,2 Prozent. Vor diesem Hintergrund macht mich die heute derart gesunkene Wahlbeteiligung besonders betroffen. Als Bundestagsabgeordnete werbe ich auch deshalb immer wieder intensiv bei den Menschen für die Mitgestaltung unserer Demokratie.

Es gab während der Wahl noch die Möglichkeit der "Fliegenden Wahlurne". Für alle, die dies nicht kennen: Ältere und kranke WählerInnen konnten sich vorab anmelden und am Wahltag fahren je zwei Wahlvorständler zu ihnen in den eigenen Wahlbezirk. Die Zeit bis 18 Uhr verging sehr schnell. Danach erwarteten wir voller Spannung die Auszählung. Aber welche Ernüchterung folgte auf das Ergebnis! Die Mehrheit der WählerInnen hatte der CDU ihre Stimme gegeben! So kurz nach der friedlichen Revolution fand ich dies enttäuschend. Mein Wunsch, dass die neuen Parteien und Organisationen besser abgeschnitten hätten, wurde leider nicht erfüllt.

In meinem Wahllokal lautete das Ergebnis:

CDU: 31,8%
SPD: 23,4%
DSU: 12,5%
PDS: 6,1%
Bündnis 90: 5%
Grüne Partei: 2%.

Gleich darauf kam die nächste spannende Situation: die Weitermeldung des Wahlergebnisses an das Landratsamt nach Leipzig. Was heute simpel erscheinen mag, erwies sich damals als ein aufreibender Akt. Denn die Telefonleitungen waren ständig besetzt! Ich stand also ca. eine halbe Stunde am Telefon in der Berufsschule, wo sich unser Wahllokal befand, und wählte immer die gleiche Nummer – ohne Wahlwiederholungstaste!

Nach getaner Arbeit fuhr ich noch mit einigen aus dem Wahlvorstand nach Leipzig, wo die Wahl gefeiert wurde. So ganz glücklich war ich nicht, da ich mir ein anderes Wahlergebnis vorgestellt hatte. Dennoch war es ein interessanter und bedeutsamer Tag in meinem Leben. Für uns Ostdeutsche kann man 1990 als das Superwahljahr bezeichnen. Ich begleitete die Prozesse bis zum Dezember zur Bundestagswahl fortlaufend im Wahlvorstand. Es hat mir viel Freude gemacht und Erfahrungen gebracht.

Unvergessen bleibt der Reiz dieser ersten freien demokratischen Wahl an einem warmen Frühlingstag!wo sich unser Wahllokal befand, und wählte immer die gleiche Nummer – ohne Wahlwiederholungstaste!

Erinnerungen an den Zentralen Runden Tisch : 7. Dezember 1989

Von Gerd Poppe (MdB von 1990-1998)

Am 4. Oktober 1989 war in Berlin die Kontaktgruppe der DDR-Opposition gebildet worden, um die Kommunikation zwischen den verschiedenen alten und neuen Gruppierungen zu erleichtern und Möglichkeiten gemeinsamer Aktionen zu prüfen. In einer ersten Erklärung forderte sie die Abhaltung

freier Wahlen in der DDR. In diesem Zusammenhang wurde übrigens erstmals der Begriff "Wahlbündnis 90" benutzt.

Etwa zur gleichen Zeit wurde in Bürgerbewegungen und in der Ost-SPD über einen Runden Tisch diskutiert. Vorbild war der polnische Runde Tisch vom Frühjahr 1989. Er hatte zunächst eine Machtteilung zwischen Solidarno## und Kommunistischer Partei bewirkt, zu halbfreien Wahlen und schließlich zum Rücktritt der kommunistischen Regierung geführt.

Nach zwei Treffen der Kontaktgruppe am 10. und 17. November verabschiedete sie schließlich einen Aufruf zur Einrichtung des Runden Tisches, der auch an die SED und Blockparteien übermittelt wurde. Dem polnischen Muster folgend hatten wir uns für eine ähnliche Konstellation entschieden: Eine paritätische Besetzung durch die Opposition einerseits und SED/PDS sowie Blockparteien andererseits. Die Konstituierung des Runden Tisches erfolgte am 7. Dezember 1989 im Weißen Saal des Dietrich-Bonhoeffer-Hauses in Berlin.

Am Tag zuvor hatte im gleichen Saal bereits eine Begegnung der Bürgerbewegungen mit dem Dalai Lama, den wir nach Ost-Berlin eingeladen hatten, stattgefunden. Ich erinnere mich noch gut daran, wie wir als kleine Empfangsgruppe gemeinsam mit Petra Kelly am Checkpoint Charlie standen und unser Gast die Grenzkontrolle passierte. Um uns herum standen einige der "unauffälligen" Herren, deren Erscheinungsbild uns aus vergangenen Zeiten ja wohlbekannt war. Diesmal waren sie jedoch nicht gekommen, um uns zu überwachen oder zu bedrohen sondern verstanden sich offenbar als "Personenschützer".

Wegen des großen Andrangs der Medien und vieler weiterer Beobachter erwies sich der Weiße Saal für eine effektive Arbeit des Runden Tisches bald als zu klein, weshalb ein Umzug in den Kongressaal des Schlosses Niederschönhausen in Berlin-Pankow erfolgte.

Zu Beginn der Arbeit des Zentralen Runden Tisches wurde über sein Selbstverständnis und seine Ziele debattiert. Der Runde Tisch wollte und konnte weder Ersatzregierung noch -parlament sein. Sein wichtigstes Ziel war, den Demokratisierungsprozess unumkehrbar zu machen und in möglichst kurzer Zeit freie Wahlen zu ermöglichen. Ein neues Wahlgesetz musste erarbeitet werden sowie ein Parteiengesetz und ein Gesetz über die Tätigkeit von Bürgerbewegungen und Vereinen. Auch eine neue Verfassung sollte entworfen werden. All das wollte die Opposition natürlich nicht der aus SED und Blockparteien bestehenden Volkskammer bzw. der Modrow-Regierung überlassen, deshalb wurden schon am 7. Dezember Arbeitsgruppen des Runden Tisches gebildet, die zusätzlich zu den Plenarsitzungen tagten, um diese Gesetze zu entwerfen.

Ebenfalls an diesem ersten Sitzungstag wurde von der Opposition die unmissverständliche Forderung erhoben, das Ministerium für Staatssicherheit unverzüglich aufzulösen. Demgegenüber wollte Modrow das MfS unter neuem Namen beibehalten. Dass sich die Opposition und die für die Auflösung demonstrierenden Bürgerrechtsgruppen schließlich durchsetzen konnten, gehört sicher zu den positiven Ergebnissen der Arbeit des Runden Tisches.

Das neue Wahlgesetz wurde zügig erarbeitet, dabei zeigte sich jedoch bereits, dass sich die Kräfteverhältnisse am Runden Tisch nach und nach verschoben. Während sich seine Teilnehmer etwa bis Ende Januar 1990 - bei aller fortschreitenden und auch notwendigen Differenzierung der oppositionellen Parteien und Gruppierungen - entsprechend der anfänglichen Konstellation (Opposition vs. Altparteien) verhielten, entstanden nun neue Konfliktlinien, vor allem zwischen den neuen Parteien und den später das Bündnis 90 bildenden Bürgerbewegungen. So sprachen sich z.B. die aus der Opposition hervorgegangene SPD und sogar Vertreter der Ost-Grünen gegen die Teilnahme von Bürgerbewegungen an den ersten freien Wahlen aus, während einige Mitglieder der Altparteien uns diese durch ihr zustimmendes Votum ermöglichten. Das alles hatte natürlich schon mit dem beginnenden Wahlkampf zu tun, vor allem, seitdem der Wahltermin vom Mai auf den 18. März vorgezogen worden war.

Wegen dieses neuen Termins war der Verfassungsentwurf nicht bis zum Ende der Arbeit des Runden Tisches fertig geworden. Ich hatte die Arbeitsgruppe während ihrer meisten Sitzungen moderiert und stellte mit weiteren Mitgliedern der Gruppe die fertigen Passagen während der letzten Sitzung des Zentralen Runden Tisches am 12. März vor. Etwa ein Drittel des Entwurfs konnte noch nicht vorgelegt werden. Die Arbeitsgruppe erhielt den Auftrag, den Verfassungsentwurf zu vervollständigen und der dann frei gewählten Volkskammer zu weiteren Behandlung zu übergeben. Dies ist schon bei einer der ersten Plenarsitzungen des neuen Parlaments geschehen. Jedoch hat sich eine Mehrheit der Volkskammer geweigert, den Verfassungsentwurf, der zweifellos als ein Vermächtnis des Runden Tisches anzusehen ist, und der von zahlreichen Verfassungsrechtlern im In- und Ausland äußerst positiv beurteilt wurde, auch nur zur Kenntnis zu nehmen. Sie verweigerte selbst die Überweisung des Antrags unserer Volkskammerfraktion in die zuständigen Ausschüsse.

Ein gern benutztes Argument der Gegner einer Verfassungsdebatte war, dass durch sie die Lebensdauer der DDR verlängert bzw. die Wiedervereinigung erschwert würde. Diese Behauptung war unbegründet – im Verfassungsentwurf waren sogar bereits Übergangsregelungen für den Fall des Beitritts nach Artikel 23 des Grundgesetzes formuliert. Mitnichten ging es um die längerfristige Erhaltung der DDR oder einen sogenannten "dritten Weg", obwohl auch heutige Legendenbildung diese These immer wieder aufgreift.

Der Verfassungsentwurf war in weiten Teilen durchaus mit dem Grundgesetz kompatibel. Er wollte jedoch das Leben in der Diktatur wie auch deren Überwindung durch die friedliche Revolution berücksichtigen – dies vor allem durch drei Bestandteile des Entwurfs: Erstens durch eine deutliche Erweiterung des Kapitels über die Menschen- und Bürgerrechte, zweitens durch eine Stärkung der auf die sozialen Rechte bezogenen Staatszielbestimmungen und drittens durch einige Artikel mit dem Ziel der Einführung von Elementen direkter Demokratie. All das ist auch heute noch aktuell.

Zwanzig Jahre nach dem Beginn der Arbeit des Runden Tisches bewerte ich diese immer noch als positiv, auch wenn wir damals nach Jahrzehnten der Diktatur ganz am Anfang einer demokratischen Entwicklung standen und unsere Tätigkeit sicher nicht immer als besonders professionell zu bezeichnen war. Aber der Zentrale Runde Tisch hat die ersten und einzigen freien Wahlen in der DDR ermöglicht, und er hat die Neuformierung des repressiven Apparates erfolgreich verhindert. Er hat viel Resonanz gefunden: Landesweit, in vielen Städten, Stadtbezirken und Gemeinden wurden Runde Tische gebildet. Erstmals waren Bürgerinnen und Bürger an Entscheidungen beteiligt, die sie selbst betrafen. Hier konnte auf ganz neue Art Demokratie eingeübt werden. Nach vielen Jahren der Erstarrung war landesweit eine Aufbruchsstimmung entstanden, die uns auch am Zentralen Runden Tisch und anschließend in der Volkskammer immer wieder beeinflusste und unterstützte. Die Medien berichteten nahezu vollständig, und die Bevölkerung reagierte mit vielen Forderungen und bemerkenswerten Vorschlägen aber auch mit Ermutigung für die politischen Akteure. Ein derartiges Echo auf aktuelle politische Ereignisse erleben wir heute leider nur äußerst selten.



Marieluise Beck über den 4. November

Es ist kein Geheimnis, dass trotz aller westdeutschen Wiedervereinigungsrhetorik der Glaube an die tatsächliche Möglichkeit einer solchen Entwicklung im krassen Gegensatz zu den Worten stand. Am 4. November stand die Mauer noch. Erich Honecker war schon weg, aber Egon Krenz war noch da. In der DDR veränderte sich etwas sehr grundsätzlich. Aber von Wiedervereinigung war noch keine Rede. Dafür

von Demokratie und dem Ende der SED-Herrschaft.

Ich muss gestehen, dass ich längst zuvor schon begonnen hatte, mich vor Reisen in die DDR zu drücken: Schon die hochnotpeinlichen Durchsuchungen an der Grenze brachten mich zur Weißglut, die Meldeauflagen machten mich stinksauer und die Arroganz der Vopos empfand ich als ständige Provokation.

Die mit Lichtgeschwindigkeit sich entwickelnden Ereignisse in und um den Osten vermochte ich so kaum in ihrer ganzen Tragweite zu erfassen.

Noch war für mich nicht klar, was passierte und wohin das alles führen würde. Aber dass etwas Phänomenales passierte, machte nicht nur die dramatische Ausreise über die Tschechoslowakei klar, sondern auch die große Demonstration der 500.000, die in Ost-Berlin auf dem Alexanderplatz stattfand.

Ich habe Bilder aus dem Fernsehen vor mir von der Menschenmenge und einem großen Podium, wo die bekannten Gesichter der Bewegung auftraten. Ich erinnere mich an Stefan Heym, Marianne Birthler. Die Schauspielerin Steffi Spira beeindruckte mich besonders. Und wer hätte damals gedacht, dass Jens Reich, einer der Redner, einmal unser Kandidat für das Bundespräsidentenamt würde?

Und dann war da Markus Wolf! Was war das für eine Manifestation - wo sollte sie hinführen, wenn der Kopf des DDR-Unterdrückungssystems auf dieser Demonstration sprechen konnte?

Der Auftritt von Markus Wolf machte selbst der "Wessi" klar, dass diese Demonstration einen zumindest schillernden Charakter hatte. War das der Weg nach draussen oder der Versuch, das System nach innen noch einmal zu stabilisieren?

Keine Woche später fiel die Mauer. Schnell wurde klar, wie es weitergehen würde. Der 4. November gehört zu den Tagen, an denen anschaulich wurde, welche Kraft eine Massenbewegung haben kann.



Monika Lazar über den 9. Oktober

Über diesen entscheidenden Tag in Leipzig ist schon vielgeschrieben und gefilmt worden. Nach meiner letzten Montagsdemo am 2.10. hatten mir meine Eltern die ganze Woche ins Gewissen geredet, nicht wieder hin zu gehen. Das sei gefährlich und ich kann inhaftiert werden. In der Lokalzeitung LVZ gab es eine unglaublich aufgeheizte Stimmung in den Artikeln, es wurde regelrecht gehetzt. Ich habe mir die Artikel aufgehoben, damit ich das nicht vergesse.

Es wurde in der Zeitung, im Radio und im Fernsehen berichtet, dass alle Krankenhäuser in Leipzig und Umgebung alle Kapazitäten zur Verfügung stellen mussten, Notbetten wurden aufgestellt, Blutkonserven wurden herangeholt. Die Kasernen waren voller Soldaten und Bereitschaftspolizei. Alle rechneten mit dem Schlimmsten, dass heute Blut fließt und es Verletzte gibt.

Ich war hin und her gerissen. Zum Glück war ich schon tagsüber in Leipzig in der Innenstadt beim Studium. Es war eine Geisterstimmung. Die Menschen bewegten sich wie in Zeitlupe, in den Seitenstraßen standen Einsatzfahrzeuge der Polizei, die Polizei war voll ausgerüstet, es war beängstigend. Jeder, der an dieser Demo teilnahm, wusste nicht, ob er abends wieder heil nach Hause kommt. Nie werde ich das vergessen. In den Kirchen war eine besondere Stimmung.

Danach ist das meiste bekannt: Es wurde die "Erklärung der sechs" verlesen, u.a. war der damalige Gewandhauskappellmeister Kurt Masur dabei, die alle aufriefen, friedlich zu bleiben. Und was keiner geglaubt hat: Wir konnten um den Innenstadtring laufen und es gab keine Ausschreitungen von Staatsseite aus. Nach diesem Erlebnis war alles anders. Es war für uns alle unfassbar, dass wir dies geschafft hatten. Ich bin froh, in dieser Zeit in Leipzig dabei gewesen zu sein.



Wolfgang Wieland über den 7. Oktober

Dieser Tag ist mir aus zweierlei Gründen für immer im Gedächtnis. Zum Einen war es der letzte Republikgeburtstag, zum Anderen fiel hier Gorbatschows historischer Satz "*Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben*". Auch wenn Gorbatschow im Russischen wörtlich nur gesagt hatte "Schwierigkeiten lauern auf den, der nicht auf das Leben reagiert" entwickelte sich dieser Spruch bald zur verkürzten Erklärung des Scheiterns der SED.

In gewisser Weise zu spät kamen leider auch wir Bündnisgrünen. Viele erkannten nicht, das Ausmaß der dramatischen Veränderungen in ganz Osteuropa. Der Parteivorstand der Berliner Alternativen Liste blamierte sich noch in diesem Herbst mit dem Vorschlag, die Flüchtlinge aus der DDR nach den "Regelungen für außereuropäische Flüchtlinge" zu behandeln. Dies hätte bedeutet, sie ins Asylverfahren zu schicken und entsprach der kruden Überlegung, dass diese Menschen gefälligst in der DDR zu bleiben hätten und dort zum Widerstand zwangsverpflichtet wären. Der Druck im Kessel sollte bleiben, egal ob die Menschen ihm standhalten konnten oder nicht. Dies löste einen Aufschrei der Empörung aus. Nicht nur in der Szene der "exilierten DDR-Bürger" in West-Berlin äußerte sich Unmut, sondern auch ich fühlte mich gedrängt, in einem Zeitungskommentar zu zeigen, dass es auch Grüne gab, die anders über die sich immer drängender abzeichnenden Veränderungen in der DDR dachten.

Nach der Öffnung der Grenze in Ungarn verblüffte ich meinen gesamten Bekanntenkreis mit der Ansage, dass demnächst die Mauer fallen werde. Es mache keinen Sinn die Vordertür zu verrammeln, wenn die Hintertür geöffnet sei. Geglaut hat mir das buchstäblich niemand. Zu verfestigt war der Beton der Teilung auch in den Köpfen im Westen.

Die Alternative Liste in West-Berlin war entsprechend auch die letzte politische Partei, die sich im März 1990 zur Gestaltung der Deutschen Einheit bequeme. Noch auf der entsprechenden Mitgliederversammlung wollte die Gruppierung um den Stasi-Spitzel Dirk Schneider und den heutigen Linkspartei-Wirtschaftssenator Harald Wolf die Deutsche Einheit so wörtlich "als reaktionäres Projekt" verurteilt sehen. Dies zu einer Zeit, als Übergangministerpräsident Hans Modrow schon von einem "Deutschland einig Vaterland" sprach. Ganz zu schweigen von den Zehntausenden auf den Straßen Leipzigs, Dresdens und Berlins.

Im Übrigen ist es heute kaum noch vorstellbar, dass seinerzeit am 7. Oktober auf der Karl-Marx-Allee noch eine große Militärparade und unter den Linden ein Fackelzug der sogenannten Freien Deutschen Jugend (FDJ) abgehalten wurden. Dass mit soviel Angst besetztes "Großdeutschland" sollte im Ergebnis wesentlich weniger militaristisch als die sozialistische Heimat aller Werktätigen werden.



Monika Lazar über den 2. Oktober

Ich studierte in Leipzig an der Handelshochschule. In den Vorlesungen und Seminaren wurde vor den gefährlichen Demonstranten gewarnt. Alle StudentInnen wurden aufgefordert, nach der letzten Veranstaltung in der Hochschule sofort ins Wohnheim zu fahren und sich ja nicht im Leipziger Stadtzentrum aufhalten. Montag 16.30 Uhr war immer das Treffen der SED-Mitglieder. Die waren schon mal alle weg von der Straße. Fast alle anderen hielten sich auch brav an die Anweisungen. Da ich zu Hause wohnte, war ich der Kontrolle durch die Wohnheime entzogen.

Bei den Montags-Friedensgebeten in der Nikolaikirche war ich schon einige Zeit vorher. Als die Kirche nicht mehr ausreichte, machten die Thomaskirche und die Reformierte Kirche im Stadtzentrum ihre Pforten auf. Alle Kirchen waren rappelvoll.

Der erste Versuch einer Demo, von Leuten, die nicht ausreisen wollten, fand am 25.9. statt. Die Menschen kamen nicht weit. Sie wurden gleich, als sie vor der Nikolaikirche standen, von Polizei und Stasi behindert.

Am 2.10. gab es den ersten erfolgreichen Versuch, um den Innenstadtring zu laufen.

Es war eine unglaubliche Stimmung unter den Menschen. Von der Nikolaikirche zum Hauptbahnhof ging es ganz gut. Es gab Rufe "Gorbi", "Neues Forum zulassen", "Keine Gewalt", und die Internationale wurde gesungen. Nach dem Hauptbahnhof wurde es ungemütlicher. Es ging nicht mehr voran, die Demo wurde gestoppt und die Polizei fing an, Jagd auf DemonstrationsteilnehmerInnen zu machen. Das war auch kein Wunder, denn wir kamen der Stasi-Zentrale immer näher.

Mir gelang es, mich seitlich von der Demo abzusetzen und zu entkommen. Ich schlich durch die Hinterhöfe und Baustellen der Innenstadt zu meinem Fahrrad und war froh, als ich gesund zu Hause war.

Mein Bruder hatte an diesem Tag Geburtstag. Die Wohnung war voller Gäste. Ich kam ganz aufgelöst an und erzählte meine Erlebnisse. Geschockt musste ich feststellen, dass mich keiner verstand. Alle fragten mich, ob ich wahnsinnig sei, mich solchen Gefahren auszusetzen. Meine Eltern hatten Angst um mich.

Für mich war der Abend gelaufen. Zum Mitfeiern hatte ich keine Lust mehr. Noch voll mit meinen Eindrücken ging ich in mein Zimmer und schaute mir die Nachrichten im "Westfernsehen" an.



Katrin Göring Eckardt über den 12. September

Demokratie Jetzt ist nie zu einer großen Massenbewegung geworden. Und dennoch prägte Demokratie Jetzt mit seinen paar tausend Anhängern die friedliche Revolution ganz wesentlich. Hier wurde zuerst die Idee eines Runden Tisches entwickelt, auch wenn dieser nach unseren ersten Vorstellungen zuerst vierseitig sein sollte. Hier prägte **Wolfgang Ullmann** ganz wesentlich die Verfassungsdiskussion, die dann angesichts der sich überschlagenden Ereignisse zwar für Gesprächsstoff sorgte, aber eben nicht zu einer neuen gesamtdeutschen Verfassung führte. Aus meiner persönlichen Erfahrung steht Demokratie Jetzt auch für die Bedeutung, die gerade der Evangelischen Kirche in der DDR in den 80er Jahren zugekommen ist. Denn es war insbesondere die Evangelische Kirche, die als wohl einzige Großorganisation Schutzräume für politische Opposition bot. In Demokratie Jetzt organisierten sich zwar - zunehmend - nicht alleine Christinnen und Christen, doch hervorgegangen war der Aufruf zur Einmischung aus kirchlichen Laienkreisen. Im Rückblick auf die kurze Wirkungszeit von Demokratie Jetzt - ich engagierte mich damals in Thüringen - wird mir vor allem klar, wie stark auch wenige Menschen gesellschaftliche Prozesse mit in Bewegung setzen können.

Denn auch in Thüringen waren wir wenige, Demokratie Jetzt war vor allem in Berlin stark. Und so sehr der Aufbruchgeist auch bei dem Einzelnen für den nötigen Energieschub sorgte, so sehr spürten viele auch die Doppel- und Dreifachbelastungen dieser Tage. Denn schließlich waren viele, gerade in der Provinz, schon an lokalen Runden Tischen, bei Friedensgebeten, Stasibesetzungen und so viel mehr eingebunden. Und Berufspolitiker waren wir genauso wenig wie Berufsrevolutionäre. Um so erstaunlicher finde ich, welche große Resonanz viele der Vorschläge von Demokratie Jetzt damals fanden. Mancher Wunsch von damals - Transparenz oder breitere öffentliche Diskussionen zum Beispiel - sind übrigens auch heute nichts von gestern .



Milan Horašek zum 21. August 1968

An jedem 21. August denke ich immer wieder intensiv über die Ereignisse dieses Tages im Jahre 1968 nach und es kommen viele Erinnerungen hoch.

Die Ereignisse des 21. Augusts 1968 sind mir noch genau in Erinnerung - inzwischen auch gestärkt durch hunderte von Veranstaltungen und Begegnungen zum Thema "Prager Frühling". Dieses Datum wurde nicht nur für meine gesamte Generation (geboren 1946) eines der Schlüsselereignisse - mit diesem

Datum änderte sich auch mein damaliges Leben sehr gründlich.

Schon in den Jahren vor dem Prager Frühling galt ich als aufsässig und politisch unzuverlässig. Ich wurde in ein Strafbataillon eingezogen und innerhalb dieser zweijährigen Straßenbaubrigadezeit verbrachte ich mehrere Wochen in Einzel- und Untersuchungshaft. Der Prozess kam nicht mehr zustande, da der Frühling 1968 nahte.

Am 21. August habe ich bei einer Straßenbaufirma im Altvatergebirge gearbeitet. Am frühen Morgen, ca. um 4:30 Uhr, wurde ich von unserem Heizer geweckt um schon vor 5 Uhr die Verarbeitungsanlage für den Straßenbaubelag in Betrieb zu nehmen. Den ersten beladenen Lastwagen hatte ich gerade rausgeschickt, da kam der Meister - ein ehemaliger Professor der Hochschule in Brno, ein sehr gebildeter und feinfühligere Mann - und schaltete die Anlage ab. Ich habe ihm die Frage zugerufen, was er hier tut, da vor dem Abschalten des Heizkessels unbedingt der Asphalt ausgeleert werden musste! Erst dann sah ich, dass er fluchte und weinte und ganz außer sich war. In diesem Augenblick kam auch der vollbeladene Lastwagen wieder zurück und ich erfuhr, dass wir okkupiert worden sind. Die Straße, die wir gebaut hatten, wurde durch die Panzer zerstört. Das Radio berichtete, dass die Tschechoslowakei in der Nacht von allen Seiten durch mehrere hunderttausend Soldaten der Warschauer-Pakt-Staaten besetzt wurde. Wir haben uns dann entschlossen, in die nächste Kreisstadt zu fahren, wo die meisten auch zu Hause waren. Dies war äußerst schwierig und wir mussten Umwege nehmen, da die Hauptstraße durch sowjetische und polnische Einheiten blockiert war, die umringt waren von Menschen, die sie beschimpft haben und mit den Soldaten gesprochen haben. Ein Teil der tschechoslowakischen Führung wurde verhaftet, erst Tage später zu einer Verhandlungsdelegation in Moskau deklariert und kamen mit einem erniedrigenden Ergebnis zurück.

Mein Vater, der damals schwer krank war, riet mir zur Flucht, da ich nach seiner Meinung über kurz oder lang wieder im Gefängnis gelandet wäre. Die Entscheidung über das Weggehen war dennoch schwer, da es nicht klar war ob es eine Trennung auf Zeit oder für immer war. Mein Freund, der bei den Grenztruppen gedient hat, hat mir angeboten mich auch über die österreichische Grenze zu bringen. Es ist uns auch in einer Nacht geglückt und wir sind dann weiter nach Deutschland zu meinen Verwandten.

Ich habe mich zuerst in dem tschechoslowakischen, politischen Exil engagiert und später dann die Grünen mitbegründet für die ich in Frankfurt Stadtverordneter, in Bonn Bundestagsabgeordneter und jetzt zuletzt in Brüssel Europaabgeordneter war.



Katrin Göring Eckardt über den 19. August

Paneuropäisches Picknick...

Eine kleine Stadt schreibt Weltgeschichte: Sopron, der Ort des "Paneuropäischen Picknicks". Der 19. August 89 war der zweite große Schritt auf dem Weg zur Öffnung des Eisernen Vorhangs - und wieder passierte es in Ungarn. Den ersten Schritt tat Guyla Horn, der ungarische Außenminister, bereits am 27. Juni 1989, als er symbolisch den Signalzaun der Grenzanlagen durchschneidet. Doch noch immer war die Lage unübersichtlich und die Informationen - auch für uns in Thüringen, obwohl wir das Privileg des Westfernsehens hatten - widersprüchlich. Der Schießbefehl galt noch, auch zwischen Ungarn und

Österreich. Es war noch immer alles andere als selbstverständlich, dass in dem Moment, als hunderte DDR-Bürgerinnen und Bürger den kurzen Moment der Grenzöffnung zur Flucht nutzten, kein Blut vergossen wurde. Dass es nicht soweit kam, ist vor allem dem damals leitenden Grenzzoffizier Bella zu verdanken, der seine Grenzbeamten anwies, die Flüchtenden schlicht zu ignorieren. Es ist heute kaum noch vorstellbar, dass dort wo heute die EU-Länder Österreich und Ungarn durch ein Grünes Band verbunden werden, noch vor 20 Jahren Maschinengewehre das Bild bestimmten. Es ist genau die Unsicherheit, die in diesen Tagen herrschte, die so symptomatisch für die Tage des Jahres 1989 ist. Niemand wusste, wie sich die verunsicherte Staatsmacht verhalten würde. Nicht einmal in Ungarn, wo Reform längst kein Unwort mehr für die kommunistischen Machthaber war. Und in der DDR erst recht nicht, hier sollte bis in den Oktober hinein noch jeder Protest gewaltsam unterdrückt werden. Dass es später anders kam, hängt auch mit diesem 19. August 1989 und der kleinen ungarischen Stadt Sopron zusammen.



Katrin Göring-Eckardt über den 27. Juni

Was für unglaubliche Bilder waren das! Der Außenminister eines noch sozialistischen Landes schneidet den Eisernen Vorhang, der so lange für totale Abschottung stand, einfach durch. Klar war es so, dass in Ungarn schon eher Freiräume im einst so starren Osteuropa ausgelotet wurden, aber dass die Räume jetzt so frei sein sollten, war kaum zu glauben. Ungarn wirkte trotz all der Fernsehbilder, die wir auch bei uns zuhause in Thüringen sahen, plötzlich ganz weit weg.

Ein Schnitt, ein Loch – und eine ungeheure symbolische Geste. Für viele Menschen in der DDR, gerade diejenigen, die zu der Zeit Urlaub machten, sogar noch mehr als Symbolik. Sie nutzten die Gelegenheit, um über Österreich nach Westdeutschland zu kommen. Auch diese Bilder bleiben unvergessen.

Ein Schnitt, der die Welt verändern sollte: denn das Loch und die damit verbundenen Reisefreiheiten wurden immer größer – allerdings nicht für uns DDR-BürgerInnen, denn die SED-Führung machte in der Folge Reisen nach Ungarn praktisch unmöglich. Unglaublich, wie ironisch Guyla Horn später den Augenblick der Grenzöffnung kommentierte: "Mein einziger Gedanke war, ob ich es überhaupt schaffe, den Draht zu durchtrennen. Die Zange war furchtbar stumpf. Und der Draht sehr stark, offenbar Einschnitt. In der DDR stand er jedoch vor allem als wachsender Kontrast gegen die bornierten Abwiegelungsreflexe der SED-Führung. Die Öffnung der Grenzen in einem selbst proklamierten "sozialistischen Bruderland" war ein Stachel, der die Wut über die bestehenden Verhältnisse in der DDR noch größer werden ließ. Für mich und die meisten Menschen in der DDR war diese erste Grenzöffnung trotzdem eine Nachricht wie aus einer anderen Welt. Unvorstellbar noch zu diesem Zeitpunkt, dass eine friedliche Revolution wenige Monate später auch in der DDR die Mauer hinweg fegen würde...



Über den 7. Mai

Monika Lazar, Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Das war meine erste Wahl, ich war 21 Jahre alt.

In Markkleeberg, einem Vorort von Leipzig, wo ich wohnte, hatte es sich rum gesprochen, dass diese Wahl von uns "kontrolliert" werden sollte. Ich war dabei. Das fing schon bei der Wahl an sich an. Normalerweise ging man "Zettel falten", also benutzte nicht die Wahlkabine, sondern steckte den Wahlzettel gleich in die Urne.

Wer seine Stimme mit "Nein" kennzeichnen wollte, musste alle "Kandidaten der Nationalen Front" fein säuberlich durchstreichen. Das Problem war: In der Wahlkabine gab es nur einen spitzen Bleistift. Wir gingen also mit "Wahlbesteck" zum Wahllokal.

Das erste Mal fiel man auf, wenn man die Wahlkabine benutzte. Und wenn es dann noch länger dauerte, war man schon sehr verdächtig. In der Wahlkabine holte ich mein "Wahlbesteck", bestehend aus Lineal und Kuli heraus und strich alle Namen durch. Anschließend kam mein Zettel in die Urne.

Der zweite spannende Teil an diesem Wahltag war die Auszählung. Auch in der DDR war diese öffentlich. Meistens interessierte sich niemand dafür, weil alle wussten, wie das Ergebnis ausfällt. Zu dieser Wahl war es anders:

Als ich mit einigen Leuten um 18 Uhr im Wahllokal erschien und wir verkündeten, zur Auszählung bleiben zu wollen, gab es fragende Blicke. Da wir wussten, in diesem Wahllokal hatten einige mit "Nein" gestimmt, mussten irgendwann während der Auszählung ja unsere Nein-Stimmen auftauchen. Das war allerdings nicht der Fall. Sie wurden als "Ungültig" gezählt. Erst auf unsere Intervention hin, mussten diese Stimmzettel noch mal rausgesucht und in die Nein-Spalte eingetragen werden.

Wir wussten an diesem Abend, wir haben das Wahlergebnis nicht entscheidend verändert. Es gab aber viele Leute aus Markkleeberg, Leipzig und im ganzen Land, die dies getan hatten und damit das von Egon Krenz verkündete Wahlergebnis wenigstens etwas reduziert hatten. In einigen Städten war die "oppositionelle Kontrolle" der Wahl so dicht, dass sogar die echten Ergebnisse ermittelt werden konnten.

weiter zu: Astrid Rothe-Beinlich zum 7.5.1989



Über den 7. Mai

Astrid Rothe-Beinlich, Bundesvorstand Bündnis 90/Die Grünen und Landessprecherin der Thüringer Bündnisgrünen

"Eure Rede sei JA JA oder NEIN NEIN. Was darüber ist, ist von Übel"

Seit 1987 engagierte ich mich in der kirchlichen Umweltgruppe in der OASE in Erfurt. Wir trafen uns jeweils am 1. Dienstag im Monat - immer zu einem thematischen Schwerpunkt. Unser Treffen im März 1989 stand unter der Überschrift "Wahlrecht - Wahlpflicht". Es kamen mehr als 60 Leute, darunter auch einige Ausreisewillige. Die Vorbereitungsgruppe hatte sämtliche Informationen und gesetzlichen Grundlagen zur anstehenden Kommunalwahl zusammengestellt. Ziel unserer Versammlung war es, Menschen zu ermutigen, mit NEIN zu stimmen - immer im Wissen um mögliche Konsequenzen. Zunächst jedoch gab es eine Grundsatzdebatte darüber, ob man überhaupt an dieser Farce - so bezeichnete beispielsweise meine Mutter die Wahl - teilnehmen sollte, da dies ja bedeutete, die Wahl als solche anzuerkennen.

Vereinbart wurde, dass möglichst viele in Erfurt von dem Recht Gebrauch machen sollten, an der Stimmauszählung teilzunehmen, was allerdings nur in dem Lokal zulässig war, das zum eigenen Wahlbezirk gehörte. Allein in Erfurt gab es jedoch mehr als 200 Wahllokale. Als besonders problematisch erwies sich das sogenannte Sonderwahllokal, in dem schon vor dem Wahltag gewählt werden konnte. Berichten zufolge standen dort erstmals die Menschen vor den sogenannten Wahlkabinen Schlange, die in der Regel nur nach der wortwörtlichen Umgehung diverser Hindernisse (Blumenkübel etc.) erreichbar waren. Vorteil des Sonderwahllokals war, dass die in diesen tätigen Wahlvorstände die WählerInnen oftmals nicht kannten - anders als im Wahllokal des Wohnbezirks und damit die Hürde niedriger war, NEIN zu sagen. Besonders war allerdings auch die Auszählung im Sonderwahllokal. Mit dem Verweis auf Sonderbestimmungen im Sonderwahllokal wurde die Beobachtung verunmöglicht. Im Wahllokal 47/317 A (in der damaligen POS 50), in dem mein Vater und ich nach der Feststellung unserer Personalien die Auszählung verfolgten, wurden wir nur bis zur Tür gelassen - Begründung: wir würden die Arbeit des Wahlvorstands stören. Auffällig: die meisten NEIN-Stimmen sammelten sich bei dem Zähler, der am nächsten zur Tür saß.

Immerhin: in "unserem" Wahllokal hatten 9,8 Prozent mit NEIN gestimmt, es gab 321 JA und 35 NEIN-Stimmen. Im Lokal gegenüber ein ähnliches Resultat.

Am Abend trafen wir uns, um die Ergebnisse zusammenzutragen. Immerhin war es uns gelungen, in 36 der 212 Wahllokale die Auszählungen zu verfolgen. Insgesamt zählten wir 648 NEIN-Stimmen für Erfurt - der Schnitt lag bei zehn Prozent Gegenstimmen.

Der Schlag traf mich am nächsten Morgen. Zwar waren die Angaben noch ohne Gewähr. Aber die Zeitungen vermeldeten nur 413 NEIN-Stimmen für ganz Erfurt. Es folgten Telefonate mit diversen anderen Aktiven in Jena, Berlin, Halle... Überall offensichtliche Widersprüche...

Die 413 Stimmen wurden später noch bestätigt als offizielles Ergebnis. Für mich brach damals etwas zusammen. Ich hatte nicht für möglich gehalten, dass aus dem offensichtlichen Betrug nichts folgte. Das Evangelische Ministerium erhob am 11. Mai 1989 Einspruch beim Nationalrat der Nationalen Front. Am 25. Mai gab es ein Gespräch zwischen Vertretern des Evangelischen Ministeriums und dem Beauftragten

des Oberbürgermeisters. In diesem wurde der Einspruch der Erfurter Pfarrerinnen und Pfarrer mündlich zurückgewiesen. Dies veranlasste die PfarrerInnen zu einer Kanzelabkündigung, die mit Spannung in vielen Kirchen gehört wurde. In dieser hieß es: "Wir müssen darauf bestehen, dass der Widerspruch zwischen den offiziell bekannt gegebenen und den von uns offen gelegten Zahlen aufgeklärt wird. Solange dies nicht geschieht, ist unser Einspruch nicht erledigt. Wir erneuern unsere Erwartung, dass durch eine zufriedenstellende Antwort Vertrauen und Wahrhaftigkeit im gesellschaftlichen Leben unserer Stadt wiederhergestellt werden."

Für mich, Jahrgang 1973, war nach dieser "Wahl" klar: Die DDR tritt die Menschenrechte und die Wahrheit - koste es was es wolle - mit Füßen, selbst wenn der Betrug nachgewiesen wird. Ich hatte jeglichen Respekt vor diesem - so schrieb ich es in einem verzweifelten Brief an meine Freundin "Verbrecherstaat" verloren. Und es war nachvollziehbar und tat doch so weh, dass im Sommer etliche unserer Freunde der DDR endgültig den Rücken kehre. Meine Eltern wie auch mich führte jedoch weiter der Leitspruch: "Bleibe im Lande und wehre Dich täglich." Dass jedoch schon im Herbst die friedliche Revolution gelingen würde, war für mich unvorstellbar.



Michael Cramer erinnert sich an 1989 und wie er die Maueröffnung erfahren hat.

Das Jahr 1989 begann für mich schon mit einer bedeutsamen Erfahrung. Am 29. Januar war ich für die "Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz" (AL) zum ersten Mal in das Abgeordnetenhaus von Berlin gewählt worden. Und dazu, völlig unerwartet, hatten SPD und AL eine Mehrheit bekommen.

Als verkehrspolitischer Sprecher diskutierte ich am Abend des 9. November in Berlin-Charlottenburg über die Berliner Verkehrspolitik. Ein räumlich sehr kleiner Ansatz, wie sich Stunden später zeigen sollte.

Nach der Veranstaltung fuhr ich nach Berlin-Steglitz, wo ich damals in einer Vierer-Wohngemeinschaft wohnte. Als ich spät abends die Wohnung betrat, sagte meine WG-Bewohnerin Marlis zu mir: "Na, also ditt is ja n Ding, wa, die Mauer is auf". Ich dachte, sie wollte mich veräppeln, und erst den Nachrichten im Fernsehen vertraute ich. Kurz darauf klingelte auch das Telefon - ein Handy hatten wir damals noch nicht - und mein Fraktionsgeschäftsführer informierte mich über eine Sondersitzung des Abgeordnetenhauses am folgenden Tag.

Wir blieben bis weit nach Mitternacht vor dem Fernseher und verfolgten die Ereignisse des Abends - bald konnten wir die berühmten Worte der Schabowski-Aussage schon auswendig. "Wahnsinn", das Wort war auch für uns in dieser Nacht das Einzige, was uns einfiel, um unsere Emotionen über die Lippen zu bringen.

Denn die ersten Fotos mit meiner ersten Kamera machte ich 1963 auf einer Sportreise nach Berlin von dem Podest am Ende der Bernauer Straße. In dieser Straße gehört der Bürgersteig noch zum westlichen Wedding, die Häuser standen aber im östlichen Bezirk Mitte. Regine Hildebrandt, später langjährige Sozialministerin von Brandenburg, wohnte dort einst und beschrieb die Situation in der ihr eigenen Deutlichkeit: "Wenn wa zuhause aussem Fenster kiekten, warn wa mit dem Kopp im Westen und mit dem Hintern im Osten". Jedes Mal, wenn ich nach Berlin kam, bin ich zur Bernauer Straße gegangen und konnte beobachten, wie sich die Mauer veränderte und die Grenzanlagen immer weiter perfektioniert

wurden.

Meine Mitbewohnerin war, als die Mauer am 13. August 1961 gebaut wurde, in West-Berlin und blieb mit ihrer Mutter dort, während ihr Bruder bei der Oma in Güstrow aufwuchs. So hatte sie auch weiterhin ständigen Kontakt in die DDR. Auch ihren 40. Geburtstag feierte sie im August 1986 bei ihrem Bruder in Güstrow. Mit Hilfe des Bruders, der die Einreisegenehmigungen beantragte, hatte sie dazu auch uns, die Mitglieder der WG eingeladen. Leider konnte ich nicht daran teilnehmen. Wie viele Grüne und DDR-Kritiker hatte ich seit 1982 Einreiseverbot in die DDR und nach Ost-Berlin.

Die Sondersitzung des Abgeordnetenhauses am 10. November wurde von einer Menschenmenge auf dem John-F.-Kennedy-Platz verfolgt. Vor dem Rathaus Schöneberg, wo einst Kennedy gesagt hatte: "Ich bin ein Berliner", sprachen dann der Regierende Bürgermeister Walter Momper, Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, der aus Polen vorzeitig zurückgekehrte Bundeskanzler Helmut Kohl und Willy Brandt, der Regierende Bürgermeister zur Zeit des Mauerbaus (1957–1966) und der erste sozialdemokratische Bundeskanzler der Nachkriegszeit (1969–1974) war.

Als hätte Willy Brandt geahnt, wie sehr der Umgang mit der Mauer später die Gemüter bewegen würde - die meisten wollten nämlich, dass sie möglichst schnell aus dem Stadtbild verschwindet, damit Gras über die Geschichte wachsen könnte - dachte er auch in dieser Stunde "über den Tag hinaus" und forderte "ein Stück von jenem scheußlichen Bauwerk (...) als Erinnerung an ein historisches Monstrum stehen (zu) lassen. So wie wir seinerzeit nach heftigen Diskussionen in unserer Stadt uns bewusst dafür entschieden haben, die Ruinen der Gedächtniskirche stehen zu lassen".

Am 12. November war ich dann dabei, als die Mauer am Potsdamer Platz geöffnet wurde. Es war für alle ein sehr bewegender Augenblick, als die Mauersegmente von einem Kran versetzt wurden und die beiden Bürgermeister der geteilten Stadt, Walter Momper (west) und Erhard Krack (ost) sich begrüßten und so die Maueröffnung zelebrierten. Der Berliner Bausenator Nagel wurde vor Freude weinend von einem Fernsehsender interviewt. Unbekannte Menschen aus Ost- und West-Berlin fielen sich um den Hals und niemand von uns schämte sich im Geringsten seiner Freudentränen.

Die Worte von Willy Brandt sollten mir nicht aus dem Gedächtnis weichen. Auch mich ließ der Erhalt von Spuren der Geschichte nicht mehr los. Nur wenige Monate vorher, im Sommer 1989, hatte ich zum ersten Mal den 160 Kilometer langen "Zollweg" rund um West-Berlin abgeradelt. Man konnte sich nicht verfahren, denn es ging ja auf West-Berliner Seite immer an der Mauer entlang. Nach dem Fall der Mauer wiederholte ich diese Umrundung im Frühjahr 1990 auf dem Ost-Berliner "Kolonnenweg" zwischen Vorder- und Hinterlandmauer, der 28 Jahre nur von den Grenztruppen benutzt werden konnte. Bei diesen Radeltouren wurde auch die Idee vom Berliner Mauerweg geboren.

Allerdings dauerte es noch zehn Jahre, bis sie Gestalt annahm. Denn nach dem Fall der Mauer lautete die Parole in Berlin: "Die Mauer muss weg", was die Grenztruppen der DDR, die bis zum 2. Oktober 1990 nun dafür die Verantwortung trugen, mit preußisch-sozialistischer Gründlichkeit auch realisierten. Nur wo Bezirke, Organisationen oder Einzelpersonen sie daran hinderten, blieben Mauerreste bestehen. Eine dieser Personen war Michaela Schreyer, damals grüne Senatorin für Stadtentwicklung und Umweltschutz. Sie setzte sich über den Zeitgeist hinweg und stellte die Mauer in der Niederkirchnerstraße unter Denkmalschutz. Damals wurde sie heftig angefeindet - "die Grünen wollen die Mauer wieder aufbauen" - heute sind alle dankbar für die authentischen Mauerreste gerade an dieser Stelle.

Endlich im Jahr 2001, anlässlich des 40. Jahrestages des Mauerbaus, konnten wir Grünen mit einem Antrag erreichen, dass Senat und Abgeordnetenhaus beschlossen, die verbliebenen Mauerreste unter Denkmalschutz zu stellen, den Berliner Mauerweg auszuschildern und ihn fahrradfreundlich auszubauen.

Orientiert an diesem Vorbild haben sich dann auch der Deutsche Bundestag und das Europäische Parlament für den Ausbau des 7.000 km langen "Europa-Radwegs Eiserner Vorhang" ausgesprochen.

Entlang der ehemaligen Blockgrenzen können nun - wie von Willy Brandt gefordert - auch künftige Generationen Geschichte, Politik und Kultur im wahrsten Sinne des Wortes erfahren.

Der innerdeutsche Todesstreifen hat sich in den letzten 20 Jahren wieder zu einem Lebensraum entwickelt. Dennoch gilt es, Pflanzen- und Tierarten, die andernorts längst ausgestorben sind und nur im Schatten des Todesstreifens überlebt haben, im Rahmen des Projektes "Grünen Band" genau so zu schützen, wie es die Erinnerung an die ehemalige Grenze und das nationale Glücksgefühl bei ihrer Öffnung wach zu halten gilt.

Jetzt nach 20 Jahren im EU-Parlament mit europäischer Verkehrspolitik befasst, habe ich mich nicht nur darüber gefreut, dass ich von Minister Dr. Daehre eingeladen wurde, in einem Beirat an der Auswahl der Gedenktafel mitzuwirken, wichtig ist für mich der Ansatz des Geschichtsprojektes "Brocken-Erklärung" der Verkehrsminister, über das Ereignis der Grenzöffnung in Deutschland hinaus auf den Tafeln auch auf die Bedeutung des Ereignisses für den Fall der übrigen Grenzen in Europa und sein Zusammenwachsen hinzuweisen.

Wir brauchen in Europa solche Initiativen "wider das Vergessen", um uns bei den Mühen des Zusammenwachsens immer wieder daran erinnern zu können, was wir 1989 im Ergebnis der friedlichen Revolutionen in Mittel- und Osteuropa gewonnen haben. Als passionierter Fahrradfahrer zitiere ich in solchen Zusammenhängen immer den ehemaligen Kommissionspräsident der Europäischen Union, Jacques Delors. Der hatte einst gesagt: "Die EU ist wie ein Fahrrad, wenn es stehen bleibt, kippt es um."

Wo warst du?

Mehr zum Thema

Grüne Positionen zur Aufarbeitung der Vergangenheit

(<http://www.gruene-bundestag.de/cms/archiv/dokbin/210/210458@de.pdf>)

DDR-Aufarbeitung (<http://www.goering-eckardt.de/cms/default/rubrik/14/14040.html>)

Mauerfall 09 (<http://www.mauerfall09.de>)

Mehr erinnern

25 Jahre Grüne im Bundestag... (<http://www.gruene-bundestag.de/cms/ausstellung/rubrik/1/1197.html>)

Lesen Sie mehr

Interview: Sehnsucht nach Freiheit

(<http://www.gruene-bundestag.de/cms/archiv/dok/287/287254@de.html>)

Werner Schulz: Aufbruch nach Europa

(<http://www.gruene-bundestag.de/cms/archiv/dok/287/287257@de.html>)